

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.01.2011**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Zeit: 18:00 Uhr bis 20:15 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sylke Bühler	Verw
Herr Tobias Kogge	BG
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Beauftragte für Integration u. Migration	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Gemeinsame Einrichtung - Jobcenter

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Ute Borchert	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 9.12.2010
4. Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter
5. Diskussion der Projektzuschüsse im pflichtigen Bereich für das Jahr 2011
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe
Vorlage: V/2010/09354
- 6.2. Förderung der SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Nachbarschaftszentrums Pustebblume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2015 - wird nachgereicht
Vorlage: V/2010/09347
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses. Sie wünscht allen ein glückliches neues Jahr sowie eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Sie weist auf die falsche Bezeichnung der SPI in Tagesordnungspunkt 6.2 hin und bittet den Ausschuss, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, Tagesordnungspunkt 5 als erste Lesung zu werten. Dies bedeutet, dass aufgrund der erst zum heutigen Ausschuss erfolgten Austeilung der Unterlagen Fragen zugelassen werden. Eine zweite inhaltliche Diskussion sollte dann in der Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses im Februar erfolgen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Die Ausschussvorsitzende teilt eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus und stellt den Antrag, die Vorlage aus Tagesordnungspunkt 6.1 (V/2010/09354 – Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe) ebenfalls in die Februar-Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

Abstimmung:	Ja	8
	Nein	0
	Enthaltung	1

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Hanna Haupt bittet darum, Tagesordnungspunkt 5, ebenso wie im Jugendhilfeausschuss, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Herr Kogge erwidert, dass es der Wunsch der Verwaltung war, klar zu zeigen, wie die Gewichtung der Fördermittel aussieht.

Herr Schachtschneider entgegnet, dass öffentliches Geld auch öffentlich behandelt werden sollte.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung im öffentlichen Teil zu beraten und im nächsten Ausschuss erneut darüber zu diskutieren.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung beschlossen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 9.12.2010

Dr. Yousif bittet um Einfügung des Wortes „Ausländer“ in seinem Beitrag auf Seite 7 des Protokolls hinter das Wort „Arbeitslose“.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift vom 09.12.2010 bestätigt.

zu 4 Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter

Die Ausschussvorsitzende bittet Frau Tempel um den Bericht der gemeinsamen Einrichtung – Jobcenter.

Frau Tempel informiert darüber, dass die Umstellung sehr reibungslos abgelaufen ist, es werden derzeit noch einige Schilder ausgetauscht und Email-Adressen geändert. Außerdem gibt es noch Probleme mit dem neuen Logo. Die Überweisungen an die Hilfebedürftigen sind trotz Umstellung des Finanzsystems problemlos und fehlerfrei erfolgt.

Frau Tempel erläutert die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Sozialgeldempfänger anhand von vorläufigen Daten. Die Statistik für den Monat Dezember 2010 ist der Niederschrift beigelegt.

Bezüglich der Umsetzung des Paketes „Bildung und Teilhabe“ informiert Frau Tempel darüber, dass bis 15.01. Basispakete für alle vorgehalten werden müssen. Es gibt verschiedene Angebote in den Bereichen Musik- und Sportförderung. Bisher sind jedoch erst relativ wenige (22) Anträge eingegangen, ein Großteil davon für Mittagsverpflegung.

Für das Projekt „Bürgerarbeit“ wurden für Januar 2011 86 Plätze durch das Bundesverwaltungsamt bestätigt.

Frau Tomczyk-Radji möchte wissen, für welche Bereiche die Bürgerarbeit vorgesehen ist. Frau Tempel antwortet, dass es Bürgerarbeit unter anderem bei der Aids-Hilfe und der Jugendwerkstatt (Ausländerbetreuung) geben wird.

Frau Wunderlich fragt nach den Zugangsvoraussetzungen für Bürgerarbeit. Diese werden durch Frau Tempel erläutert.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Tempel für deren Ausführungen.

zu 5 Diskussion der Projektzuschüsse im pflichtigen Bereich für das Jahr 2011

Herr Kogge erläutert, dass der Wunsch nach Auflistung der Rechtsgrundlagen und Abwägung der Gewichtungen bestand. Außerdem wurden die Tätigkeiten mit aufgelistet und Entscheidungsempfehlungen gegeben. Es wurde die Größenordnung des Betreuungsaufwandes aufgeschlüsselt und die Zuschüsse themenorientiert aufgelistet.

Herr Weise bittet Herrn Kogge um Erläuterung der vorläufigen Haushaltsführung, da er sich darunter nichts vorstellen kann. Er weist darauf hin, dass einige Träger durch die Verwaltung die Ablehnung des vorzeitigen Maßnahmebeginns erhalten hätten.

Herr Kogge erklärt, dass eine Förderung sicher sei, sofern ein Bescheid erteilt wurde.

Während der vorläufigen Haushaltsführung ist eine Begründung der Anträge unbedingt notwendig. Diese muss für die Stadt so unabweisbar sein, dass der Eintritt eines Schadens erkennbar würde, wenn keine Förderung erfolgt. Er ist bereit, die einzelnen Abwägungspunkte schriftlich zu untersetzen.

Frau Wildner ergänzt, dass sich aus der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn nicht zwingend eine Förderung ableitet. Hierdurch erfolge keine Inaussichtstellung einer Förderung oder gar das Recht darauf.

Die Ausschussvorsitzende erkennt an, dass die Ausschussmitglieder in die Lage versetzt werden, die Grundlagen zu kennen. Sie fragt, ob Drittmittel berücksichtigt wurden und ob Prioritäten in der Abwägung zur Bewilligung gesetzt wurden. Dies wird durch Herrn Kogge bestätigt.

Frau Krausbeck fragt, ob es noch eine Beschlussvorlage diesbezüglich geben wird und ob es mehr Anträge gab als Bewilligungen.

Herr Kogge informiert, dass mehr Anträge als Bewilligungen vorlagen und dass, wenn es einen Haushalt gibt, es auch eine Beschlussvorlage geben wird.

Es wird festgelegt, dass die Anfragen aus dem heutigen Ausschuss in der nächsten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses im Februar untersetzt werden.

Herr Schachtschneider erklärt, dass im Ausschuss nicht über Pflichtleistungen abgestimmt wird. Herr Kogge bestätigt dies.

Herr Schachtschneider ergänzt, dass in einer Beschlussvorlage erkennbar sein müsste, wer noch einen Antrag gestellt hat.

Herr Hildebrandt möchte wissen, aufgrund welcher rechtlichen Grundlage über Pflichtleistungen entschieden wird.

Herr Kogge erklärt, dass zum Beispiel Suchtberatung eine Pflichtleistung sei. Größe der Beratungsstelle und Anzahl der Mitarbeiter müssten jedoch ausgehandelt werden.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass bereits in der Dezembersitzung des Ausschusses die Schuldnerberatungsstellen ihre Situation dargestellt haben.

Herr Hildebrandt ergänzt, dass hier dargestellt werden muss, welche Leistungen wirklich notwendig sind.

Herr Kogge erläutert, dass die Verwaltung dies darstellt. Empfehlungen des Ausschusses werden jedoch berücksichtigt.

Herr Schachtschneider führt aus, dass es sich bei den meisten der beantragten Mittel um Personalkosten handelt und möchte wissen, wo die restliche Summe dafür herkommen soll, wenn eine maximale Auszahlung von 50 % beschlossen wird.

Herr Kogge erläutert, dass als Hauptpriorität die Wichtigkeit der angebotenen Leistung angesehen wird. Es wird von vornherein gesagt, wo Reduzierungsbedarf gesehen wird. Außerdem sei er bereit, genaue Begründungen für die einzelnen Positionen zu liefern.

Herr Schachtschneider stellt fest, dass bei einigen Zielgruppen keine weiteren Ausführungen zu finden sind. Er fragt an, ob damit eine 100%ige Förderung vorgeschlagen wird.

Herr Müller fragt die Ausschussvorsitzende, wann der Einstieg in die detaillierte Diskussion erfolgen wird.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass dies in der Februar- Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses geschehen wird.

Herr Müller bittet, darum, bezüglich der statistischen Angaben Nachweise hierfür beizubringen.

Herr Kogge nimmt diese Bitte gern mit auf. Er führt aus, dass gerade Beratungsangebote gut zählbar sind, er ist jedoch gern bereit, Fakten dazu so weit wie möglich zu liefern. Sollte es weitere Nachfragen zu diesem Thema geben, bittet er darum, diese auch im Vorfeld an die Verwaltung zu übergeben.

Frau Krausbeck lobt die Vorarbeit der Verwaltung zu diesem Thema.

Herr Müller empfindet es ebenfalls als positives Zeichen.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe** **Vorlage: V/2010/09354**

Der Tagesordnungspunkt wurde in die Februar- Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses verlagt.

zu 6.2 **Förderung der SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Nachbarschaftszentrums Pustebume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2015 - wird nachgereicht** **Vorlage: V/2010/09347**

Die Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Herrn Kogge. Dieser erläutert, dass die Vorlage bezüglich bewährtem und nicht bewährtem angepasst werden musste. Die Verwaltung setzt Vertrauen in die SPI, dass diese das Nachbarschaftszentrum eigenständig führt und dass diese Aufgabe gut durch die SPI ausgeführt wird.

Die Verwaltung möchte im Stadtteil einen Schwerpunkt bezüglich der Nachbarschaft setzen, daher wird diese Aufgabe an die SPI übertragen. Die Verwaltung hat hier ihre Hausaufgabe gemacht, ebenso wie der Träger.

Es gab vertraglich keine großen Änderungen. So wurden nur die Zahlungsströme vereinbart und die Kosten transparenter gestaltet.

Herr Schachtschneider dankt der Verwaltung, dass hierdurch ein Zeichen gesetzt wurde, dass die Mitarbeiter für mehrere Jahre konstant arbeiten können. Hier werde auch Verwaltungsaufwand eingespart.

Er fragt an, ob es für die Schöpfkelle eventuell auch einen zweiten Vertrag geben wird.

Hanna Haupt dankt dem Träger für das klare Konzept, welches nicht nur vorgelegt, sondern hier auch vorgelebt wird.

Herr Dr. Bartsch möchte wissen, wie sicher die Verträge der Nutzergruppen im Nachbarschaftszentrum sind. Er möchte außerdem wissen, ob es das Quartiersmanagement in der Pustebume noch gibt und wie es mit der Geschichtswerkstatt weitergeht. Wie wird es funktionieren, da es das „Gimmi“ seit dem 1.1.2011 nicht mehr gibt?

Die Ausschussvorsitzende stellt einen Antrag auf Rederecht für Herrn Scherschel, den Geschäftsführer der SPI GmbH. Dem wird zugestimmt.

Herr Scherschel dankt und gibt das Lob zurück. Er sei sehr dankbar, dass ein Lösungsweg gefunden wurde. Die Mieter an sich können die Miete nicht aufbringen. Mal- und Zeichenwerkstatt, Keramikwerkstatt und Geschichtswerkstatt möchte die SPI gern fortführen, da diese ein wichtiger Bestandteil des Nachbarschaftszentrums seien. Form und Partner dieser sind jedoch noch unklar. Einnahmen werden durch neue Projekte aufgetan, welche durch Dritte finanziert werden. Der Zielgruppe Schwerbehinderte werde sich zukünftig vermehrt zugewandt. Er bestätigt, dass es das „Gimmi“ in der Form nicht mehr gibt, es stehen jedoch Überlegungen an, ein ähnliches Projekt zu planen. Festlegungen hierzu gibt es allerdings noch nicht.

Herr Müller fragt nach dem Kündigungsrecht und ob das Kosten- und Finanzierungskonzept bereitgestellt werden kann. Herr Scherschel antwortet, dass dies kein Problem sei. Er erläutert, dass das Quartiersmanagement „Soziale Stadt“ in der bisherigen Form nur bis 2012 Bestand hat.

Herr Kogge erläutert Optionen der Verlängerung des Vertrages. Sollte dieser um ein weiteres Jahr verlängert werden, so würden dann Kündigungsfristen mit aufgenommen.

Frau Krausbeck ergreift das Wort und dankt für die Zusage, dass der Kosten- und Finanzierungsplan noch ausgehändigt wird.

Herr Müller fragt, ob nach dem Wegfall des Verschiebebahnhofs negative Auswirkungen zu erwarten seien. Dies wird durch Herrn Scherschel verneint.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Scherschel für seine Ausführungen und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zur Betreuung des Nachbarschaftszentrums „Pusteblume“ im Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2015 ein Zuschuss von jährlich max. 50.000 € gezahlt wird. Dazu reicht der Träger jährlich zum 31.08. einen Kosten- und Finanzierungsplan für das Folgejahr ein. Die Betriebskosten werden jährlich angepasst.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem Träger einen öffentlich rechtlichen Vertrag zur Pauschalfinanzierung zu schließen. Dieser Vertrag kann mit einer Option um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 9 **Mitteilungen**

Herr Kogge informiert darüber, dass durch Bundesregierung und Vermittlungsausschuss noch nicht klar geregelt wurde, wer Empfänger des Projektes „Bildung und Teilhabe“ ist. Er bittet um Verständnis, dass daher derzeit noch keine Umsetzung möglich sei.

Desweiteren informiert er darüber, dass nur noch Frau Tempel Geschäftsführerin der Gemeinsamen Einrichtung – Jobcenter ist. Näheres dazu werde er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekanntgeben.

Frau Krausbeck fragt nach dem Stand der Umsetzung des Leitbildes für kulturelle Vielfalt. Frau Schneutzer informiert, dass im Rahmen der Beantwortung der Vorlage V/2010/08560 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung die Umsetzung des Leitbildes der kulturellen Vielfalt mit beantwortet wird.

Frau Krausbeck stimmt dem zu.

Herr Dr. Wilhelms informiert darüber, dass am 14.02.2011 um 14 Uhr im Stadthaus Halle die Gründung der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft erfolgen wird. Es wird ein Vertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Saalekreis abgeschlossen. Eine Neugliederung mache sich aufgrund der heutigen Gegebenheiten notwendig.

Frau Dr. Schwarzer informiert über den Dioxin – Lebensmittelskandal. Unternehmen in der Stadt Halle sind davon nicht direkt betroffen, da es hier keinen Mischfutterhersteller gibt. Fragen und Antworten zu Dioxinen in Lebensmitteln des Bundesinstitutes für Risikobewertung sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 10 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Herr Dr. Yousif möchte bezüglich des Dioxin-Skandals wissen, ob auch Schweinefleisch hiervon betroffen sei.

Frau Dr. Schwarzer bejaht dies und erklärt, dass alle Futtermittelarten betroffen sind.

Frau Tomczyk-Radji hat eine Anfrage an Herrn Dr. Wilhelms bezüglich der Schweinegrippe. Sie möchte wissen, ob ausreichend Impfstoff vorhanden ist.

Herr Dr. Wilhelms antwortet, dass es jedes Jahr eine Grippewelle gibt, bisher gab es einen Schweinegrippefall im Saalekreis, ansonsten aber bisher keine klassischen Grippefälle. Ausreichend Impfstoff sei vorhanden. Er erläutert, dass der Impfstoff ab diesem Jahr über eine zentrale Apotheke in Magdeburg ausgegeben wird. Nebenwirkungen der Grippeimpfung sind nicht nachweisbar. Derzeit treten in Franken gehäuft Grippefälle bei Jugendlichen auf, er empfiehlt die Impfung grundsätzlich jedem.

Hanna Haupt regt an, dass den Nutzern der „Schöpfkelle“ erklärt wird, dass ein Träger der Einrichtung vorhanden ist. Sie ragt, ob die Verwaltung auch Gespräche mit diesem Träger geführt hat und ob man diesen nicht eventuell in den Ausschuss einladen könnte. Sie kennt den baulichen Zustand der Objekte Pustebume und Schöpfkelle und informiert, dass sich die Häuser in einem sehr unterschiedlichen Zustand befänden.

Sie fordert, dass der Träger ein Konzept erstellt und bittet die Verwaltung, mit dem Träger zu sprechen.

Die Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass Herr Kogge im Dezember 2010 in der Schöpfkelle war.

Herr Kogge führt aus, dass es Gespräche mit dem Träger der Schöpfkelle gegeben hat, dass sich die Angebots- und Kundenstruktur im Wohngebiet jedoch geändert habe.

Das Problem sei, dass der Träger nichts investieren könne, die Stadt jedoch auch nicht. 2011 müsse eine gemeinsame Entscheidung für die zukünftige Perspektive getroffen werden. Er findet es auch wichtig, Gespräche mit dem Träger zu führen und nicht mit den einzelnen, dort ansässigen Projekten.

Frau Krausbeck fragt, ob eine Verlagerung in andere Häuser möglich sei.
Herr Kogge antwortet darauf, dass Kunden des Zentrums inzwischen zum Großteil aus anderen Stadtgebieten kommen.

Die Ausschussvorsitzende teilt eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Teilhabe- und Bildungspaket aus, mit der Bitte um schriftliche Beantwortung. Die Anfrage ist dem Protokoll beigelegt. Sie fragt des Weiteren nach dem Stand der Ausgabe von Fördermitteln an die Vereine, insbesondere für die, die Bürgerarbeit angemeldet haben.

Herr Kogge informiert darüber, dass die Vereine durch die Verwaltung Antworten bekommen haben bezüglich ihrer Fördermittelanträge.
Trotzdem bestehe in den Vereinen, welche eine Bewilligung für Bürgerarbeit bekommen haben eine Unsicherheit darüber, ob der Verein auch für die Basisarbeit Fördermittel bekommt. Somit müsse der Träger für sich selbst entscheiden, ob er die Kosten finanziell tragen kann, sollte es keine weitere Förderung geben.

Herr Kogge möchte schon vorab einige Fragen der oben genannten Anfrage der Fraktion DIE LINKE beantworten, dies erfolgt trotzdem dann noch einmal in schriftlicher Form.

Zu Punkt 1 führt er aus, dass die Verwaltung hierzu grundsätzlich bereit sei, sofern klar sei, was kommt.

Bezüglich Punkt 6 erläutert er, dass keine Vergabe an Institute erfolgen wird. Es gibt jedoch noch viele hochgradig schwierige Organisationsprobleme.

Zu Punkt 7 wird erklärt, dass im Hartz IV- Satz 1€ pro Person pro Tag mit eingerechnet wurde.

zu 11 Anregungen

Frau Tomczyk-Radji übergibt eine Kopie eines Zeitungsartikels aus dem Behördenspiegel vom Dezember 2010 bezüglich Transparenz im Zuwendungswesen an Herrn Kogge. Dieser ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Tomczyk-Radji regt an, dies eventuell auch für die Stadt Halle zu übernehmen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.02.11

Susann Rudloff
stellv. Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende